

Anfrage des Stadtrates Johannes Krause (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zum Kommunalinvestitionsfonds

Durch die Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen wurde u. a. das Kooperationsverbot im Bereich Bildung durchbrochen. Nach aktuellem Stand wird die Stadt Halle gegebenenfalls nicht vom Bundesprogramm profitieren.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Inwieweit strebt die Stadtverwaltung eine Antragstellung zur Unterstützung der Bewältigung der Schulsanierungen in der Stadt mit Hilfe des Bundes und dessen Kommunalinvestitionsfonds an?
2. Inwieweit hat die Stadtverwaltung zum Thema bereits im Austausch mit dem Land gestanden, das die Mittel vom Bund ausreichen soll?
3. Falls die Stadtverwaltung negative Anzeichen vom Land erhalten hat, dass keine Antragstellung möglich ist, bzw. wenn die Stadtverwaltung die derzeitigen Chancen einer Unterstützung als eher gering einschätzt: Inwieweit ist angedacht, z. B. über den Städte- und Gemeindebund, auf die Interessen der Oberzentren in Sachsen-Anhalt hinsichtlich einer Antragstellung einzuwirken?

gez. Johannes Krause

Vorsitzender

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)